



(Wie) kann EUropa zu einer gerechteren Weltwirtschaft beitragen?

Author: Ralf Pichler

Organisation: Attac EU-AG Germany

Date: 29.09.2009

Language: German

Version: 1.1

INFO: <<http://www.global-society.net>>

Contact-Information:

Ralf Pichler

Eppendorfer Weg 48

D-20259 Hamburg

Germany

Phone: +49 40 72969643

e-mail: mail@global-society.net

TABLE OF CONTENTS

1. EINLEITUNG.....	3
1.1. Umgebung.....	3
1.2. Ziele des Workshops.....	3
1.3. Aktueller Zusammenhang.....	3
2. WELTWIRTSCHAFT BISHER.....	4
2.1. historische Weltwirtschaft.....	4
2.2. marktradikale Weltwirtschaft.....	4
2.3. Probleme des aktuellen Zustands.....	6
2.4. Aktualisierung: Weltwirtschaftskrise.....	6
3. VORSCHLAG FÜR GERECHTERE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG.....	8
3.1. zu 4.: Privatisierungsentscheidungen.....	9
3.2. zu 3.: Förderung von Gemeingut.....	10
3.3. zu 2.: Ökologische und soziale Beeinflussung der Preise.....	11
3.4. zu 1.: Priorität für lokale Wirtschaftskreisläufe.....	12
3.5. Zusammenfassung.....	14
4. WIE KÖNNTE EUROPA DAZU BEITRAGEN?.....	15

1. EINLEITUNG

1.1. Umgebung

Dieses Dokument ist die schriftliche Ausfertigung eines Workshops, der bei der ersten Europäischen Sommer-Universität (ESU) vieler europäischer Attac-Organisationen vom 1. bis 6. August 2008 in Saarbrücken abgehalten wurde.

Kapitel 2.4 enthält eine Aktualisierung zu den Folgen der Wirtschaftskrise.

1.2. Ziele des Workshops

Wir haben in vielen Veranstaltungen jetzt schon von den Problemen des Freihandels gehört.

Ebenso aber auch über die Schwierigkeiten von Entwicklungs- und Schwellenländern, wenn die Industrieländer ihre Märkte abschotten.

Ist die einzige global gerechte Lösung, dass die reichen Länder ihre Märkte öffnen, während die ärmeren Länder ihre schützen dürfen?

Für die Arbeitnehmer in den Industrieländern würde das nichts ändern, oder sogar den Druck weiter verschärfen.

Sollen weiterhin die Länder um die Zölle jeder Produktgruppe feilschen, oder gibt es eine Möglichkeit, wenige generelle Prinzipien zu realisieren, die für alle Menschen und Länder gelten können?

Ich möchte einen Vorschlag dazu machen, und zur Diskussion stellen.

1.3. Aktueller Zusammenhang

In der derzeitigen Lage - Mitte 2008 - ist die Doha-Runde der Welthandelsorganisation WTO gescheitert, die versuchte den Welthandel weiter zu liberalisieren.

Explodierende Preise für Immobilien und Lebensmittel weltweit haben den meisten Menschen die Konsequenzen der Entwicklung zu weitestmöglicher Liberalisierung der Finanzmärkte und Privatisierungen vor Augen geführt.

Zu Beginn des G8-Gipfels in Japan kritisiert das globalisierungskritische Netzwerk Attac scharf die Rolle der reichsten Industrienationen bei den aktuellen Krisen:

"Die G8 hängen dem Neoliberalismus an wie religiöse Fanatiker. Die Liberalisierung und Deregulierung der Märkte in den vergangenen Jahren verschärfen die Spaltung zwischen arm und reich. Sie bringen Hunger, Abhängigkeit von großen Konzernen und die Klimakatastrophe", erklärt Alexis Passadakis vom Attac-Koordinierungskreis. "Ein Paradigmenwechsel bei der Gestaltung der Weltwirtschaft ist nötig. Stattdessen werden alte Rezepte aufgetischt. Bundeskanzlerin Merkel folgt dem Irrweg weiter, wenn sie gegen den Hunger noch immer zusätzliche Marktöffnungen im Rahmen der WTO-Verhandlungen fordert"

<<http://www.coalition-global-commons.org/>>

Eine Aktualisierung zu den Folgen der Wirtschaftskrise befindet sich in Kapitel 2.4.

2. WELTWIRTSCHAFT BISHER

Der aktuelle Zustand der Weltwirtschaft lässt sich kaum einheitlich beschreiben.

Er besteht aus einer chaotischen Mischung aus:

- Zöllen zum Schutz der heimischen Wirtschaft
- historisch gewachsenen Zöllen, deren Sinn kaum noch jemand kennt
- versteckten Subventionen durch gesetzliche Regelungen, die die Produkte der heimischen Wirtschaft bevorzugen
- Freihandelsverträgen, die die Verzollung bestimmter Produkte oder Produktgruppen einheitlich verbieten, und die Privatisierung bestimmter Dienstleistungen vorschreiben
- bilateralen Freihandelsabkommen zwischen jeweils zwei Handelspartnern über verschiedene Produktgruppen und Dienstleistungen

Die Regierungen mancher Länder haben schon feststellen müssen, dass sie Freihandelsabkommen unterzeichnet haben, die sich teilweise gegenseitig widersprechen. Wie solche Situationen geklärt werden, ist noch völlig offen.

Wie kam es zu diesem wirren Zustand?

2.1. historische Weltwirtschaft

Historisch hat es sich eingewöhnt, dass Handlungsreisende einen Teil ihrer Waren abgeben mussten, wenn sie ein Königreich, Fürstentum oder anderes Herrschaftsgebiet durchqueren wollten. Was dabei wie hoch "verzollt" wurde, war vollkommen willkürlich. Fanden die Händler eine andere Route, über die sie die "Zölle" umgehen konnten, und sprach sich das herum, wurden die Abgaben gesenkt, um überhaupt noch etwas zu bekommen.

Von den Einnahmen wurden unter anderem Straßen gebaut oder ausgebessert, um mehr Händler auf diese Route zu locken, und gleichzeitig die Bewegung von Truppen zu beschleunigen.

Seit der Gründung demokratischer Nationalstaaten ist es für die Herrschenden von Vorteil, die Einnahmen aus den Zöllen für soziale Wohltaten für die Bevölkerung auszugeben, um sich die Wiederwahl zu "erkaufen". Weitere Einnahmen erzielten die Staaten aus der Besteuerung von heimischen Betrieben, die gleichzeitig durch Zölle und Einfuhrverbote vor Konkurrenz aus dem Ausland geschützt wurden.

Undurchsichtige Zollbestimmungen zum Schutz der heimischen Industrie führten allerdings (und führen in geringerem Ausmaß immer noch) zu Handelskriegen zwischen Staaten, bei denen willkürlich wichtige Produkte des Gegners mit hohen Auflagen belegt wurden.

2.2. marktradikale Weltwirtschaft

Die Händler selbst waren natürlich immer an möglichst niedrigen Zöllen interessiert, und haben es geschafft in Wirtschaft und Politik die Vision einer Welt ohne Zölle als positives Ziel zu etablieren. Unter anderem mit dem Argument, das Chaos der unterschiedlichen Zollbestimmungen zu beseitigen.

Gleichzeitig setzte sich mit der wirtschaftlichen Glaubensrichtung des sogenannten Neoliberalismus eine Wirtschaftspolitik durch, die die Öffnung aller Märkte und weitestgehende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen propagierte, und alle Bereiche des Lebens zu kommerzialisieren versuchte.

Zur Durchsetzung dieser "schönen neuen Welt" wurde unter anderem die Welthandelsorganisation WTO gegründet, deren Mitglieder einheitlich gültige Freihandelsverträge aushandeln, die in bestimmten Bereichen Zölle verbieten oder senken. Gleichzeitig werden dadurch Länder zur Privatisierung ihrer öffentlichen Dienstleistungen genötigt, um privaten Dienstleistern anderer Länder den Marktzugang zu ermöglichen.

Diese Regelungen haben allerdings andere gravierende Nachteile:

- Staaten mit unterschiedlichen Sozialsystemen und gesetzlichen Regelungen werden in direkte Konkurrenz gesetzt.
- Die freie Konkurrenz führt zum Abbau aller "Handelshemmnisse" wie ökologischen oder sozialen Regelungen.
- Die wirtschaftlich besser gerüsteten Industriestaaten können die Entwicklungsländer über den Tisch ziehen.
- Industrieländer setzen niedrige Zölle auf Rohstoffe und hohe auf verarbeitete Produkte durch, um die gewinnträchtigere Verarbeitung selbst durchzuführen.
- Zunahme der Unterschiede zwischen Kapitalbesitzern und Arbeitnehmern, sowohl innerhalb einzelner Staaten als auch global.

Was passiert bei einer Marktöffnung?

Fallen alle Handelsbarrieren zwischen einem reichen und einem armen Land, übernehmen die reichen Firmen die Industrie des armen Landes, weil sie dort günstiger produzieren können. Oder die großen Firmen des reichen Landes eröffnen neue Zweigstellen im armen Land, wo sie dann Arbeitsplätze schaffen, was erstmal positiv zu werten ist. Allerdings haben die heimischen Firmen des armen Landes im freien Wettbewerb kaum Chancen, sich gegen die neue, besser kapitalisierte Konkurrenz durchzusetzen. Müssen die alten Firmen dann Konkurs anmelden, sind deren Arbeitsplätze dann verloren.

Zudem werden die Arbeitnehmer im reichen Land mit der Drohung der Auslagerung ihrer Arbeitsplätze zur Aufgabe von Sozialleistungen oder niedrigeren Lohnabschlüssen genötigt. Ein Teil der Arbeitsplätze wird auch tatsächlich abgebaut.

Wer sind also die Gewinner dieser Liberalisierung?

Das Bruttoinlandsprodukt des armen Landes wird steigen, weil die neuen Firmen produktiver wirtschaften als die alten heimischen. Dieses Geld geht aber komplett in den Besitz der Investoren dieser Firmen. Durch niedrigere Lohnabschlüsse und Sozialabbau im reichen Land steigt der Gewinn dieser multinationalen Firmen noch weiter. Auch in dem ärmeren Land gibt es einige Menschen, die durch geschickte Investitionen ihr Geld vermehren können.

Investieren kann aber nur der, der schon Geld anzulegen hat. In beiden Ländern gewinnen also die Investoren und Geldbesitzer, während die Arbeitnehmer verlieren. Sichtbar ist dieser Effekt in den Statistiken, in denen die Unterschiede zwischen armen und reichen Menschen eines Landes immer weiter auseinanderdriften. Die Menschen des ärmeren Landes profitieren zwar auch von der Liberalisierung (allerdings nicht gleichmäßig), die mit Abstand größten Profiteure sind aber die multinationalen Firmen des reicheren Landes und deren Investoren.

Nicht umsonst setzen sich vorwiegend Arbeitgebervereinigungen, Investorengruppen und die Leiter großer Firmen für eine immer weitere wirtschaftliche Liberalisierung ein.

Der Abbau aller Zölle und Handelsschranken führt zwar zu einer Angleichung der Verhältnisse weltweit, aber auf einem Niveau der Frühindustrialisierung, mit mächtigen Konzernkernen und rechtlosen Arbeitnehmern, ohne Sozial- und Umweltschutzregelungen. Die globalen Firmen verlagern ihre Produktionen und Entwicklungen in Länder möglichst ohne solche Regelungen, wodurch in den heutigen Industrieländern der Druck entsteht, ebenfalls wirtschaftseinschränkende Sozial- und Umweltschutz-Gesetzgebungen abzubauen. Das führt dann zu den steigenden sozialen Unterschieden zwischen den immer reicher werdenden Investoren, und denjenigen, die durch diese Entwicklung ihren Arbeitsplatz verlieren.

In dem resultierenden frühindustriellen Zustand könnten sich die Arbeitsbedingungen global dann wie in der Industrialisierungsphase Europas wiederholen, wenn sich weltweite Arbeitnehmervertretungen entwickeln. Allerdings werden für die heutige weltweite Produktion viel weniger Mitarbeiter benötigt, als es noch vor 100

Jahren der Fall war. Die Druckmittel der Arbeitgeber sind also weitaus größer. Ob die Natur eine weltweite Frühindustrialisierungsphase durchstehen würde, ist ebenfalls stark zu bezweifeln.

Wegen dieser Folgen hat sich weltweit eine globalisierungskritische Bewegung formiert, die sich für mehr Gerechtigkeit im Welthandel einsetzt, und mittlerweile auch als **Global Justice Movement** bezeichnet wird.

Mit der Unterstützung durch Teilnehmer dieser Bewegung haben sich die südlichen WTO-Mitgliedsländer gegen weitere Liberalisierungen gewehrt, und die Doha-Runde der WTO zum Scheitern gebracht, weil die Industrieländer nicht bereit waren, ihnen Handelsvorteile einzuräumen.

2.3. Probleme des aktuellen Zustands

Das Scheitern der WTO-Verhandlungen führt allerdings bisher nicht zu einer Abkehr vom Freihandelsparadigma, sondern nur zu einer Verlagerung auf bilaterale Abkommen zwischen jeweils mindestens zwei Staaten.

Die EU versucht derzeit bilaterale Freihandelsabkommen mit den ehemaligen Kolonien in Afrika, der Karibik und dem Pazifikraum (AKP-Staaten) abzuschließen, die sie euphemistisch "[Economic Partnership Agreements](#)" (EPAs) nennt. Tatsächlich gehen diese noch über WTO-Bestimmungen hinaus, was den Zwang zur Privatisierung und den Abbau "nichttarifärer Handelshemmnisse" angeht. Mit dem letzten Begriff sind alle Handelshemmnisse gemeint, die nicht direkt Zölle sind, beispielsweise ökologische oder soziale Gesetze.

Ein Klagerecht für private Investoren, die sich von ihren "Gastländern" ungerecht behandelt fühlen, wurde global im MAI-Abkommen zwar durch Proteste verhindert, wird seit den 1990er-Jahren aber in allen bilateralen Abkommen vertraglich festgehalten.

Einzelnen haben die Länder des globalen Südens noch größere Schwierigkeiten, die vertraglichen Hintertüren zu durchschauen, als gemeinsam in der WTO.

Ein Welthandel durchsetzt von bilateralen Freihandelsabkommen kombiniert sogar noch die Nachteile des Freihandels mit dem Chaos des historischen Zustands.

2.4. Aktualisierung: Weltwirtschaftskrise

Update: September 2009

Durch die Weltwirtschaftskrise, die als Finanzkrise begann, haben alle Länder angefangen, zuerst ihre lokalen Banken zu stützen, und nach und nach immer mehr andere kriselnden Wirtschaften oder Wirtschaftsbereiche.

Diese Maßnahmen führen bei Firmen, die im globalen Wettbewerb stehen, zu Wettbewerbsverzerrungen, die zu Subventionswettläufen führen, und damit wieder **zurück in den wirren klassischen Zustand**.

An den erklärten Zielen hat sich dagegen nichts geändert. Zwar sollen die Finanzmärkte reguliert werden, beim Austausch von Waren, Dienstleistungen und "geistigem Eigentum" wird am Ziel des absoluten Freihandels festgehalten. Die Doha-Runde in der WTO soll doch noch abgeschlossen werden, und die Weltbank hat dank der Krise wieder Schuldner, die sie mit ihren wirtschaftsliberalen Forderungen knebeln kann.

Gibt es keine bessere Lösung, die die Vorteile beider Extreme vereint, und dabei deren Nachteile minimiert?

3. VORSCHLAG FÜR GERECHTERE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG

Wie könnte aber eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung aussehen?

Lassen sich statt der Nachteile die Vorteile kombinieren? Einheitliche weltweite Regelungen, die das Chaos beseitigen, aber die ökologische und soziale Entwicklung fördern, statt sie zu beseitigen, und gleichzeitig mit wenigen, einheitlichen Regeln auskommen, um überflüssige Bürokratie zu vermeiden?

Ich möchte einen Vorschlag dazu machen, und zur Diskussion stellen.

Eine der WTO entsprechende Institution für gerechten Welthandel könnte sich an den folgenden Prinzipien orientieren:

- 1. Bevorzugung regionaler Wirtschaftskreisläufe**
- 2. Ökologische und soziale Beeinflussung der Preise**
- 3. Förderung von Gemeingut**
- 4. Demokratische Entscheidungen über Privatisierungen**

Wie könnte das funktionieren?

Ich werde es von unten nach oben erläutern, vom einfachsten zum schwierigsten.

3.1. zu 4.: Privatisierungsentscheidungen

Anstatt durch Handelsverträge Druck zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen auszuüben, sollte die Entscheidung darüber, ob eine bestimmte Dienstleistung öffentlich oder privat betrieben wird, der demokratischen Kontrolle der jeweiligen Bevölkerung überlassen werden.

Das Meinungsforschungsinstitut Forsa hat beispielsweise 2007 eine [Umfrage](#) dazu in Deutschland durchgeführt.

■ Erledigung öffentlicher Aufgaben durch den Staat oder durch Privatfirmen?

Die Aufgaben bzw. Dienstleistungen	sollten			Index*)
	unbedingt im öffentlichen Dienst bleiben	ebenso gut von Privatfirmen erledigt werden	unbedingt privatisiert werden	
	%	%	%	
Polizei	97	2	0	+ 95
Gerichtswesen	96	2	0	+ 94
Strafvollzug	92	6	1	+ 85
Finanzverwaltung	85	11	2	+ 72
Feuerwehr	83	14	2	+ 67
Schulen	76	20	3	+ 53
Rentenversicherung	70	19	10	+ 41
Hochschulen	66	27	5	+ 34
Krankenhäuser	61	31	7	+ 23
Müllentsorgung	41	44	14	- 17
Arbeitsvermittlung u. -ämter	40	41	16	- 17
Energieversorgung	40	41	18	- 19
öffentlicher Nahverkehr	39	44	16	- 21
Theater, Museen	33	51	14	- 32

(an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“)
 *) Index: Anteil „im öffentlichen Dienst bleiben“ minus Anteil „könnte bzw. sollte privatisiert werden“

Diese Ergebnisse sollen hier aber nur beispielhaft aufgeführt werden, da sie sich nach einer intensiven öffentlichen Diskussion noch stark verschieben können.

Als Gesamtbild bleibt aber sicher, dass es Dienstleistungen gibt, die privat durchgeführt werden können, und andere, bei denen ein öffentlicher Dienst sinnvoller ist.

Ich kenne eine überzeugte Marxistin, die Privatwirtschaft grundsätzlich ablehnt, aber eingesteht, dass man kleine Einkaufsläden durchaus auch ungeplant lassen könnte. Auf der anderen Seite ist ein absolut marktradikaler Freund von mir, der am liebsten sogar die Atemluft verkaufen würde, nach den Skandalen um die Privatarmee Blackwater ins Nachdenken gekommen, und hat mir gesagt, dass Militär doch eine staatliche Aufgabe bleibe sollte.

Zwischen diesen Extrempositionen liegt irgendwo die Ansicht der Bevölkerungsmehrheit.

Privatisierungen demokratischen Entscheidungen zu überlassen ist nur eine Frage des politischen Drucks, kein Problem des "Wie?".

3.2. zu 3.: Förderung von Gemeingut

Auch die Förderung von Gemeingut ist nicht schwierig. Sie muss nur gewollt werden.

Immer mehr öffentliche Verwaltungen legen Wert darauf, nur **offene Dateiformate** zu verwenden, also Dateiformate deren Aufbau offen gelegt wurden, und nicht von der Entwicklerfirma geheim gehalten werden.

Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass wichtige Daten auch nach Jahrzehnten noch zugänglich sind. Außerdem können Anwendungen dann direkt über Qualität und Preis miteinander konkurrieren, anstatt sich über die Datenformate abzuschotten.

Entwicklungen, die mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden - also mit dem Geld der Steuerzahler - sollten die **Verpflichtung zur Veröffentlichung** enthalten, damit auch alle Menschen davon profitieren können.

Auch was Software, Texte, Bilder, Videos oder andere kreative Leistungen angeht, können **OpenSource-Software** und **CreativeCommons** die Rolle von Generika in der Medizin in vielen anderen Bereichen übernehmen.

Privatfirmen können um neue Produkte konkurrieren, deren Herstellung hohe Investitionen erfordern. Nach einer gewissen Amortisierungszeit müssten sie aber in Gemeineigentum übergehen.

3.3. zu 2.: Ökologische und soziale Beeinflussung der Preise

Die Kosten, die den Gemeinschaften aus dem Ressourcenverbrauch und der Umweltzerstörung der Firmen entstehen, sollten an diese in Form von Steuern weitergegeben werden. Zum Ausgleich sollten die Lohnsteuern gesenkt werden. Das führt dazu, dass es für eine Firma zur Kostensenkung rentabler ist, den Ressourcenverbrauch oder den Schadstoffausstoß zu senken, als Mitarbeiter zu entlassen.

Der CO₂-Handel durch das Kyoto-Protokoll ist ein Anfang. Staatengemeinschaften wie die Europäische Union müssen gemeinsame ökologische und soziale (Mindest-)Regeln aufstellen, und Zölle auf externe Produkte erheben, die die ökologischen, sozialen oder andere Regeln der Gemeinschaften nicht einhalten. Z.B. durch Kinderarbeit hergestellte Waren, Produkte aus undemokratischen Ländern oder Waren für die die Regenwälder oder andere ökologisch wichtige Ressourcen zerstört werden.

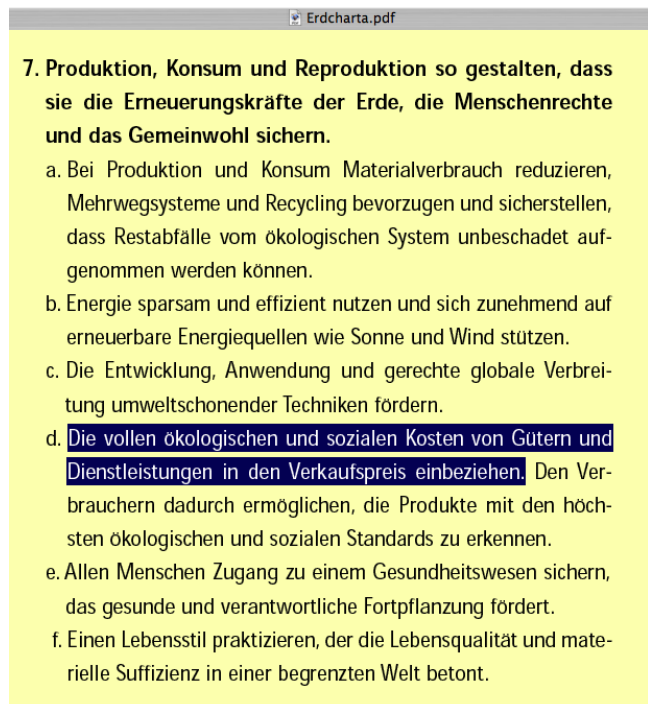
Dazu müssen einheitliche Bewertungen der ökologischen und sozialen Mängel aufgestellt werden, und eine Kennzeichnungspflicht für diese Produkte verabschiedet werden. Die Kennzeichnung sollte möglichst leicht verständlich sein, z.B. rot, gelb, grün für Umweltschutz und soziale Bedingungen, oder ein einfaches Punktesystem.

Diese Zölle müssen so hoch sein, dass diese Produkte teurer werden als 'saubere' Produkte. Dadurch würde auch die Forderung der [Erdcharta](#) erfüllt, dass die ökologischen und sozialen Kosten von Gütern und Dienstleistungen in den Verkaufspreis einbezogen werden.

Die sozialen Regeln können sich in einem Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts des Erzeugerlandes für die Löhne manifestieren (Sozialquote).

Dadurch bleibt der Wettbewerb zwischen den Ländern mit einem Vorteil für die demokratischen ärmeren erhalten, verhindert aber Lohndumping und Raubbau an der Natur in den Entwicklungsländern. Steigt dann durch den Preisvorteil das Bruttosozialprodukt des Landes, steigen auch die Löhne entsprechend, was zu einem langfristigen Gleichgewicht der Weltökonomie führt.

Die internationale Arbeiter-Organisation [ILO \(International Labour Organization\)](#) der UNO hat schon [Standards zu Arbeitnehmerrechten in verschiedenen Entwicklungsstadien](#) entwickelt. Was nur fehlt, ist der Druck zur Einhaltung.

The image shows a screenshot of a PDF document titled 'Erdcharta.pdf'. The text is highlighted in yellow. It lists seven principles for production, consumption, and reproduction. Principle d is highlighted with a blue background.

7. Produktion, Konsum und Reproduktion so gestalten, dass sie die Erneuerungskräfte der Erde, die Menschenrechte und das Gemeinwohl sichern.

- Bei Produktion und Konsum Materialverbrauch reduzieren, Mehrwegsysteme und Recycling bevorzugen und sicherstellen, dass Restabfälle vom ökologischen System unbeschadet aufgenommen werden können.
- Energie sparsam und effizient nutzen und sich zunehmend auf erneuerbare Energiequellen wie Sonne und Wind stützen.
- Die Entwicklung, Anwendung und gerechte globale Verbreitung umweltschonender Techniken fördern.
- Die vollen ökologischen und sozialen Kosten von Gütern und Dienstleistungen in den Verkaufspreis einbeziehen.** Den Verbrauchern dadurch ermöglichen, die Produkte mit den höchsten ökologischen und sozialen Standards zu erkennen.
- Allen Menschen Zugang zu einem Gesundheitswesen sichern, das gesunde und verantwortliche Fortpflanzung fördert.
- Einen Lebensstil praktizieren, der die Lebensqualität und materielle Suffizienz in einer begrenzten Welt betont.

3.4. zu 1.: Priorität für lokale Wirtschaftskreisläufe

Beim Handel müssten wieder lokale Kreisläufe bevorzugt werden. Produkte, die in der eigenen Region erzeugt werden, sollten bevorzugt gekauft werden. Nur was es in der Region nicht gibt, wird aus dem nächstgrößeren Gebiet (Region, Bundesland, Land, Kontinent, Welt) gekauft (Prinzip der Subsidiarität). Das könnte durch festgelegte, einheitliche Abstufungen der Mehrwertsteuer erreicht werden. Z.B. +5% auf Produkte aus einer anderen Region, +10% aus einem anderen Bundesland, +15% aus dem gleichen Land, +20% aus einem anderen Land der Wirtschaftsgemeinschaft, +25% aus anderen Ländern des gleichen Kontinents, und +30% für Produkte aus Ländern von anderen Kontinenten. Alle willkürlichen Zölle und Subventionen sollten dagegen aufgehoben werden.

Diese prinzipielle Bevorzugung lokaler Wirtschaftskreisläufe würde verhindern, dass z.B. eine Kuh aus Deutschland nach Polen zum Schlachten gefahren wird, um ihr Schnitzel dann in Paris zu verkaufen, obwohl es auch in der Nähe einen Schlachter und Metzger gibt.

Auch beim Systemdesign für Computer achtet man darauf, dass man Module so aufteilt, dass sie den Großteil ihres Datenaustausches intern bewältigen und die Schnittstellen zu anderen Modulen so klein wie möglich sind. Nur dann wird ein System effizient, schnell und verbraucht wenig Energie. Die Kriterien, nach denen die 'richtige' Zuständigkeit ermittelt wird, entsprechen bei der Subsidiarität denen beim objektorientierten Systementwurf.

Dieses Konzept gibt es in den meisten Gebieten der Wissenschaft: In der Systemtheorie heisst es modularer Aufbau, beim Software-Design Objekt-Orientierung, in der Politik Subsidiaritätsprinzip. Auch in der Biologie haben diejenigen Pflanzen eine höhere Überlebenswahrscheinlichkeit, die ihre Energieversorgung über möglichst kurze Wege bewerkstelligen können, also energieeffizient aufgebaut sind.

Nur in der Wirtschaft ist man der Meinung, dass es sinnvoller ist, die Prinzipien eines dörflichen Bauernmarktes einfach nur auf die ganze Welt hochzuskalieren.

Mit der Modularisierung ist allerdings keine funktionale Aufteilung gemeint, also in einer Art wie 'Deutschland entwirft Autos', 'Indien macht Software', 'China wird die Fabrik der Welt'. Das wäre eine Aufteilung, wie sie sich nach dem gängigen Wirtschaftsmodell des komparativen Kostenvorteils ergibt. Das Modell der funktionalen Programmierung hat es in der Informatik auch gegeben. Dort hat es sich aber als sinnvoller ergeben, nicht nur die Funktionen, sondern auch die Daten zu modularisieren und als Objekte möglichst eigenständig zu machen. Diesen Wechsel von der funktionalen zur objektorientierten Arbeitsweise müssen wir in der Weltwirtschaft auch vollziehen.

Übertragen auf die Wirtschaft würde das bedeuten, kleineren Wirtschaftsregionen eine möglichst große Eigenständigkeit zu ermöglichen, statt alles Wirtschaften auf den Weltmarkt auszurichten.

Eine Bevorzugung lokaler Kreisläufe wäre auch kein Rückfall in den Protektionismus, weil nicht gezielt unerwünschte Produkte blockiert oder verteuert werden, sondern allgemein auf verbrauchsnahe Produktion Wert gelegt würde. Diese Lokalitätspriorität könnte jedes Land realisieren, ohne dass es zu Handelskriegen kommt. Die Höhe der Besteuerung könnte sich von selbst einpendeln, weil ja auch erwünschte Importe von Waren, die es intern nicht gibt, von hohen Steuern betroffen wären.

Diese Lokalitätspriorität wäre vielmehr eine Art Synthese oder goldener Mittelweg zwischen Protektionismus und völlig unkontrolliertem Freihandel, der die Nachteile beider Extreme vermeiden würde. Wie sich das System auswirkt, hängt dabei völlig von den einstellbaren Sätzen ab. Es ließe sich damit paraktisch jeder Zustand zwischen Freiwirtschaft (gleich hohe Sätze für alle Entfernungen) und Abschottung (1000% auf alles aus dem Ausland) einstellen. Klassischer Protektionismus wäre aber nicht möglich, weil sich weder ein bestimmtes Produkt, noch eine Firma, noch ein Land gezielt angreifen ließen.

Diese Abgaben sollen natürlich nicht den weltweiten Handel verhindern, sondern sie könnten zu einer Dezentralisierung und Streuung der Produktionsstätten führen, weil es dann wirtschaftlich günstiger wäre, nahe am Verbraucher zu produzieren. Diese Dezentralisierung der Produktion würde weltweit verstreut Arbeitsplätze schaffen, und wäre auch aus Sicherheitsgründen sinnvoller. Vor einigen Jahren wäre die

Produktion von Mikrochips fast zum Erliegen gekommen, weil Erdbeben die weltweit einzigen, wenigen Fabriken in Südostasien stark beschädigt hatten.

Das Prinzip der Förderung lokaler Kreislaufwirtschaft wurde auch schon für Maßnahmen der [Agenda21](#), einem Vorgänger der Erdcharte der UNO, als sinnvoll anerkannt.

Eine andere Möglichkeit, eine Lokaltätspriorität einzuführen, wäre eine erhebliche Verteuerung der Transporte. Würden die Transportkosten einen erheblichen Teil der Preise ausmachen, würde das auch zu einem Vorteil lokaler Produktionen führen.

Die Verteuerung des Erdöls durch die rasant gestiegene Nachfrage in China und die höheren Kosten für die Erschließung der verbliebenen Lagerstätten könnte von selbst zu diesem Effekt führen. Allerdings befürchte ich, dass es eher zu harten Auseinandersetzungen um die letzten Felder kommen wird, als dass sich die Wirtschaft auf verbrauchsnahe Produktion umstellt. Eine abrupte Erhöhung der Transportkosten mit dem expliziten Ziel der Modularisierung könnte durch eine Anrechnung der ökologischen Schäden der Transporte erfolgen.

Wären die Transportkosten zum Kunden so hoch, dass sie einen erheblichen Einfluss auf den Preis der Handys hätten, würde es sich beispielsweise für Nokia auszahlen, sowohl in Bochum als auch Rumänien zu fertigen, da sie ihre Geräte in beiden Ländern verkaufen wollen. Und in vielen anderen Ländern natürlich genauso. Natürlich mit weniger Arbeitern in den einzelnen Werken, in der Summe wären es aber sicher mehr, als in einer zentralen Fertigung.

Für die Firma wäre das allerdings von Nachteil. Sie müsste die höheren Kosten auf die Preise aufschlagen.

Die Preise aller Produkte aus Massenfertigung würden also steigen, andererseits würden bei konsequenter Umsetzung überall auf der Welt mehr Arbeitskräfte benötigt, mehr Menschen könnten sich also die Produkte leisten.

Eine geringere Arbeitslosenzahl würde sich auch positiv auf die Verhandlungspositionen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auswirken.

Die in den letzten Jahrzehnten immer weiter auseinander driftende Kluft zwischen Arm und Reich könnte sich wieder verkleinern.

3.5. Zusammenfassung

Von einer sofortigen Abschaffung aller Zölle profitieren nur diejenigen (Menschen und Firmen), die jetzt schon am reichsten und mächtigsten sind, und ihre Interessen am besten durchsetzen können. Die Mehrheit der Bevölkerungen wird aber auf das Niveau der ärmsten Staaten gedrückt.

Darum müssen sowohl alle globalen Freihandelsabkommen (WTO, GATS und TRIPS) als auch die vielen bilateralen Verträge so schnell wie möglich dahingehend geändert oder gekündigt werden. Insgesamt sollten die Preise also nach den Kriterien **Lokalität, Umweltverträglichkeit und soziale Produktionsbedingungen** beeinflusst, alle willkürlichen, vereinzelt Subventionen und Zölle aber gestrichen werden.

Durch diese Änderungen würden allerdings die Preise fast aller Produkte teilweise stark ansteigen, was durch eine soziale Umverteilung innerhalb der Länder abgemildert werden müsste.

4. WIE KÖNNTE EUROPA DAZU BEITRAGEN?

Die EU könnte damit beginnen, diese Prinzipien selbst zu implementieren, intern und extern.

Allerdings ist die EU gemeinsam mit den USA gerade der Antreiber der marktradikalen Globalisierung, sowohl in der WTO als auch durch bilaterale Abkommen wie den [European Partnership-Agreements \(EPAs\)](#).

Da beide US-Präsidentschaftskandidaten gewisse protektionistische Maßnahmen in ihren Programmen haben, könnte es sogar sein, dass nach den US-Wahlen die EU der führende Vertreter der "reinen Lehre" wird.

Der deutsche Wirtschaftsliberale Otto Graf Lambsdorff (FDP) äußerte in einem Interview schon seine Bedenken zur Position von Barrack Obama zum Freihandel:

"Ich erwarte zum Beispiel, wüsste mir eine deutliche Klärung des Standpunktes von Barack Obama zum Thema Freihandel und Außenhandel. Was er da Protektionistisches gesagt hat immer wieder in der Auseinandersetzung mit Hillary Clinton, das kann uns in Deutschland nur beunruhigen. Wir leben von einer Welt, in der es Freihandel gibt und in der der internationale Warenaustausch gefördert wird und es war immer so, dass die Amerikaner diese Position unterstützt haben. Man kann nur hoffen und erwarten und auch darum bitten, ruhig auch etwas fordern, dass ein künftiger amerikanischer Präsident sich klar und deutlich zu diesen Positionen äußert."

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/821192>

Warum sollte also ausgerechnet die EU zu einem **Paradigmenwechsel im Welthandel** beitragen?

Die meisten kontinentaleuropäischen Länder - von Donald Rumsfeld abfällig als "altes Europa" bezeichnet - folgen den **Prinzipien einer sozialen Marktwirtschaft**. Die Ausprägungen sind teilweise sehr unterschiedlich, gemeinsam ist ihnen aber das Prinzip einer **Marktwirtschaft mit sozialen Abfederungen und demokratisch bestimmten Grenzen und Regulierungen**.

Kontinentaleuropa hat sich traditionell als Gegenspieler der angelsächsischen freien Wirtschaft gesehen. Dieses Prinzip gilt es auch **auf den Welthandel auszuweiten**.

Dabei handelt es sich um eine Erweiterung der Bedingungen zur EU-Mitgliedschaft auf die globale Ebene. Ein Land, das die Vorteile des EU-Binnenmarktes durch einen Beitritt nutzen möchte, musste schon immer die ökologischen und demokratischen Forderungen der EU einhalten. Diese gilt es um eine soziale Komponente und die Lokaliätspriorität zu erweitern, was auch EU-Intern schon lange überfällig ist.

Die OpenSource- und CreativeCommons-Bewegungen sind sowieso stark in Europa, besonders in Skandinavien, teilweise sind sie auch dort entstanden. Ein guter Grund, sie weiter in die Welt zu tragen.

Allerdings **fehlt** den meisten EU-Verantwortlichen noch der **Blick für das Ganze**.

Die Beamten der Wirtschaftsministerien glauben, sie würden im Sinne aller Europäer handeln, wenn sie Vertragspartner aus Afrika über den Tisch ziehen. Ihr Erfolg ist es, wenn sie möglichst hohe Gewinne für die europäische Wirtschaft ermöglichen können. Allerdings ohne zu bedenken, dass die Afrikaner ohne Aussicht auf wirtschaftlichen Erfolg in der Heimat, alles versuchen werden, ihr Glück in Europa zu versuchen.

Aber das ist ja eine andere Baustelle, das sind die Probleme der Innenministerien, dafür gibt es Frontex. Sieht da wirklich niemand die Zusammenhänge? Wer hat den **Blick für das Ganze**, und kann daraus die richtigen Schlüsse ziehen?

Statt der Bewegung zu einem weltweiten freien, unregulierten Markt, sollte die Entwicklung hin zu einer **weltweiten ökosozialen Marktwirtschaft gehen, die lokale Wirtschaftskreisläufe bevorzugt, und dadurch demokratische Regulierungen ermöglicht**.

Der Staat - oder eine Gemeinschaft von Staaten - erstellt die Rahmenbedingungen für einen fairen Wettbewerb. Innerhalb dieses Rahmens konkurrieren Privatfirmen sowohl um die besten Ideen, Produkte und Preise, als auch um die beste Umweltverträglichkeit. Dabei müssen die Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass der Wettbewerb mit fairen Mitteln ausgeführt wird und keine Monopole (Marktbeherrschung durch eine Firma) oder Oligopole (Marktbeherrschung durch wenige Firmen) entstehen. Durch die Besteuerung muss der Staat dafür sorgen, dass die Einkommensunterschiede begrenzt werden. Genauso wie es bei Staatengemeinschaften Förderungen der wirtschaftlich schwächeren Mitglieder gibt.